

BVV beriet über Spielstraßen, Ärger am Weinbrunnen und Grundstücksverkäufe. Mit einer Gedenkminute und einer Beileidsbekundung für die Opfer der [Amokfahrt nahe dem Breitscheidplatz](#) begann am Donnerstag die [Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung](#) (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf. Am 8. Juni hatte ein Mann mit seinem Auto eine Schullehrerin getötet und einige Menschen verletzt.

Für mehr temporäre Spielstraßen sprach sich die grün-rote Zählgemeinschaft auf [Antrag](#) der SPD-Fraktion aus. Bisher seien Spielstraßen im Bezirk „lediglich zum internationalen autofreien Tag realisiert worden“, heißt es. In diesem Sommer solle es mindestens drei geben. Die CDU-Fraktion fand, dass Spielstraßen „nicht reichen“ und schlug vor, drei Standorte für neue Spielplätze zu suchen. Darüber wurde allerdings zunächst nicht abgestimmt.

Nach der einstigen deutschen Tennis-Meisterin Nelly Neppach (1898–1933) werden die öffentlichen und kostenfrei nutzbaren Tennisplätze an der Harbigstraße 34 in Eichkamp benannt. Ein [SPD-Antrag](#) dafür wurde einstimmig angenommen. Nelly Neppach war in der Nazizeit wegen ihrer jüdischen Herkunft ausgegrenzt worden und hatte sich im Mai 1933 das Leben genommen. Lesen Sie [das Porträt der Ausnahmesportlerin auf tagesspiegel.de](#).

Beim „Rheingauer Weinbrunnen“ am Rüdeshheimer Platz führt ein eigenwilliges Pfandsystem zu Ärger. Auf Fragen der CDU-Fraktion antwortete Umwelt- und Ordnungsstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne), zu den amtlichen Auflagen gehöre ein Flaschenpfand in Höhe von zehn Euro. Dies solle verhindern, dass Weinflaschen nebenan in der Grünanlage zurückgelassen werden. Beim Ausschank würden jetzt aber „weiße und schwarze Jetons“ ausgegeben, die eine Pfanderstattung jeweils nur vor oder nach 19 Uhr ermöglichen. Ein Weingut begründe dies mit dem „Schichtbetrieb des Personals“. Wenn man bei der Rückgabe einer Flasche später kein Geld erhalte, verleite dies dazu, diese doch im Grünen liegen zu lassen, kritisierte Schruoffeneger. Als Reaktion auf das Ärgernis achte sein Amt nun auch strenger auf die Einhaltung weiterer Auflagen.

Eine Gedenktafel für Romy Schneider an oder vor dem früheren Grunewalder Wohnhaus der berühmten Schauspielerin hat die SPD vorgeschlagen ([wir berichteten](#)). Dieser [Antrag](#) wurde erst einmal zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Bei Grundstücksverkäufen an ausländische Regierungen solle das Land Berlin eine Rückerwerbsklausel in den Verträgen verankern, um Immobilienspekulationen zu verhindern, [forderte die CDU](#). Der Anlass ist der verwaiste Schulrohbau an der Glockenturmstraße in Westend. Saudi-Arabien hatte das zuvor landeseigene Areal für eine „König Fahd Akademie“ erworben, deren Bau aber 2016 gestoppt. Jetzt soll die Immobilie meistbietend weiterverkauft werden. Der FDP-Stadtentwicklungspolitiker **Johannes Heyne** fand, die Forderung der CDU gehe „in die richtige Richtung“. Aus einer Baugenehmigung „muss eine Bauverpflichtung entstehen“. Trotzdem fand der Antrag keine Mehrheit. SPD und Grüne argumentierten, Berlin plane gar keine Grundstücksverkäufe mehr.

Über weitere Themen aus der BVV berichten wir nächste Woche hier im Newsletter.